

22./X. 1915

Nov

## Brennmaterialien - Konferenz.

Die Vorräte an Steinkohle betragen Ende Mai auf den Nordbahnwaggons 317 Waggons, auf dem Kohlenlagerplatz Borgartenstraße 200 Waggons.

Trotz der billigen Preise werde die Ostrau-Karwinerkohle vom Publikum nicht gekauft, obwohl sie als Hausbrandkohle ganz gut verwertbar, für Kesselfeuerung sogar sehr gut geeignet ist.

Die in den Kutschen befindliche Ostrau-Karwinerkohle werde zur Beheizung der städtischen Objekte verwendet werden. Der Durchführungswert wurde mit 3 K per Meterzentner bestimmt.

Der auf dem Kohlenlagerplatz Borgartenstraße befindliche Steinkohlenvorrat werde für die Winterperiode 1915/16 belassen.

Der Herr Bürgermeister habe verfügt, daß die Kohlenversorgung auch für die Winterperiode 1915/16 durchgeführt werde, da selbst nach Beendigung des Krieges auf eine normale Abwicklung des wirtschaftlichen Verkehrs nicht zu rechnen sein wird.

Es solle auch für die Winterperiode 1915/16 ein entsprechendes Braunkohlenquantum beschaffen werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß noch rund 1000 Waggons aus der seinerzeit geltend gemachten Anforderung zur Verfügung stehen.

Da die Steinkohle aus dem Ostrau-Karwinergebiet sich der Gunst der Wiener Bevölkerung nicht erfreuen kann, sei der Versuch unternommen worden, preussisch-schlesische oder sogenannte russische Kohle zu beziehen.

Der Bezug preussisch-schlesischer Kohle sei nicht möglich, da die preussischen Gruben teils für den Bedarf Deutschlands, teils für den Bedarf der neutralen Länder zu liefern haben. Es war daher der Gemeinde nicht möglich, auf den Bezug dieser Kohle abzuschließen.

Wegen des Bezuges sogenannter russischer Kohle sei mit dem k. u. k. Etappen-Ober-Kommando direkt verhandelt worden und zunächst ein Quantum von 900 Waggons aus der Grube „Kasimierz“ zum Preise von 18 K für Stück, Würfel I und II und 16 K 50 h für Ruß angekauft worden.

Wegen des Bezuges weiterer Kohlenmengen seien Verhandlungen mit dem k. u. k. Revierbergamte Dombrowa im Zuge.

Die für die Kohlenversorgung Wiens benötigte Menge sei schwer festzustellen. Bei annähernd normalen Verhältnissen werde die Bevölkerung lieber die Kohlen beim Kohlenhändler beziehen und hierfür selbst höhere Preise bezahlen, da ihr in diesem Falle die Kohle ins Haus gestellt werde. Der Absatz der Gemeinde werde sich daher in diesem Falle hauptsächlich auf die arme Bevölkerung erstrecken, die in der Lage ist, sich die Kohle selbst nach Hause zu bringen.

Bei Störungen in der Kohlenversorgung wie im letzten Winter seien dagegen die Anforderungen, die an die Tätigkeit der Gemeinde gestellt werden, außerordentlich groß. Die Gemeinde solle nicht bloß die Händler befriedigen, die nicht mehr in der Lage sind, sich selbst Kohle zu beschaffen, sondern auch für den Gebrauch des Publikums direkt vorsorgen.

Es erübrige der Gemeinde daher nichts anderes, als sich große Kohlenmengen zu sichern, aber auch darauf Bedacht zu nehmen, daß sie einen sicheren Abnehmer für jene Kohlenmengen besitzt, die sie selbst an die Wiener Bevölkerung oder die Wiener Händler nicht verkaufen kann.

Dies habe zu einer Verbindung mit der k. k. priv. österreichischen Länderbank in der Richtung geführt, daß sich die Bank verpflichtete, die von der Gemeinde angekaufte Kohle, soweit sie durch die Gemeinde nicht veräußert werden kann, zu einem bestimmten Preise abzunehmen und selbst auf eigene Rechnung zu verkaufen. Die Grundlagen dieses Vertrages seien festgestellt. Die Preisfestsetzung habe bisher nicht erfolgen können, da sich die Gemeinde in derartigen Schlüssen, in denen sie einer Rückendeckung bedarf, noch nicht betätigt hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt noch, daß der Hausbedarf der Gemeinde Wien durch den Ankauf der 900 Waggons gedeckt sei.

Die Konferenz erklärt sich mit den erstatteten Vorschlägen einverstanden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht hierauf die in den letzten Tagen aufgetretenen Kalamitäten in der Zucker-versorgung. In den Blättern erscheine ein Artikel, der die Zuckerknappheit mit Waggonmangel begründet, gleich darauf erkläre das Eisenbahnministerium, daß kein Waggonmangel bestehe. Er habe die Beschlagnahme von Zucker in Wien verlangt, dies sei auch geschehen, heute gehe er weiter, er verlange die Beschlagnahme von 1000 Waggons Zucker für Wien. Die Zuckerknappheit sei nur zurückzuführen auf ein absichtliches Zurückhalten der Zuckerfabrikanten. Der jährliche Zuckerbedarf Wiens sei zirka 4000 Waggons.

Gem.-Rat Schmid beantragt, man solle die Zuckerbeschlagnahme für die ganze Monarchie verlangen. Er fürchte, daß die Zuckerfabrikanten unter Hinweis darauf, daß keine Rüben gebaut werden, im Herbst mit hohen Preisen einsetzen werden.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß im Reichsrate jahrelange Kämpfe geführt wurden, um die Einstellung der Zuckerausfuhrprämien durchzubringen. Die Zuckerfabriken befänden sich heute in der Verwaltung der Banken und die österreichische Regierung sei von den Banken abhängig. Waggons seien genügend vorhanden, die Regierung sei nicht stark genug, hier einzugreifen.

Gem.-Rat Leitner begrüßt diese Maßregel und stellt fest, daß sehr viel Zuckervorräte von Privaten aufgestapelt wurden.

Gem.-Rat Dr. Hein begrüßt ebenfalls diese Maßnahme des Herrn Bürgermeisters und führt aus, daß speziell die Zuckerschwierigkeiten die Bevölkerung erregen müßten, denn es sei ja bekannt, daß Österreich mehr Zucker produziere, als es brauche.

Gem.-Rat Skaret erklärt ebenfalls seine Zustimmung und wünscht, daß sich die Gemeinde soweit als möglich vorsehe. Die Zucker-Großhändler hätten große Vorräte aufgestapelt, die sie erst zur Zeit höherer Preise herausgeben werden. Der Zuckermangel sei jedoch nicht ausschließlich auf Hamsterei zurückzuführen, es bestehe auch Mangel an geschlossenen Waggons und die Eindeckung von Waggons hätte wieder eine kleine Verteuerung des Zuckers zur Folge. Für eine weitere Festhaltung des gegenwärtigen Preises sei die Regierung voraussichtlich nicht zu haben.

Vize-Bürgermeister Rain spricht sich dafür aus, daß die Gemeinde nur für sich selbst die notwendigen Schritte unternehmen solle; würde die Beschlagnahme des Zuckers in ganz Österreich verlangt, so würde vielleicht gar nichts geschehen. Daher sei er nur für die Beschlagnahme der 1000 Waggons.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, er könne nicht beurteilen, was für Folgen die Zuckerbeschlagnahme in ganz